

Wagner, Gert G.

Article

Mit dem Kopf durch die Wand?: Kommentar

DIW Wochenbericht

Provided in Cooperation with:

German Institute for Economic Research (DIW Berlin)

Suggested Citation: Wagner, Gert G. (2010) : Mit dem Kopf durch die Wand?: Kommentar, DIW Wochenbericht, ISSN 1860-8787, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin, Vol. 77, Iss. 42, pp. 12-

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/152034>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



Schüssler 2008

Mit dem Kopf durch die Wand?

von Gert G. Wagner*

Meine Omas und meine Mutter haben mir als Kind, und wohl auch noch als Jugendlichen, immer wieder sagen müssen: „Bub, man kann nicht mit dem Kopf durch die Wand gehen.“ Politiker und andere Führungspersonlichkeiten versuchen es trotzdem immer wieder. Manchmal gelingt es, meistens aber nicht. Es kommt auch vor, dass Basta-Politik kurzfristig erfolgreich ist und erst später das dicke Ende kommt. SPD und CSU liefern nicht allzu lange zurückliegende Musterbeispiele für vermeintlich sachlich sinnvolle Durchsetzungsfähigkeit, die in Wahldesastern endeten.

Ökonomen drücken sich zwar vornehmer aus, aber auch sie sind meistens davon überzeugt, dass nur das, was sie persönlich als wichtig erachten, auch wirklich richtig ist. „Stuttgart 21“ ist so ein Fall. Und die „Rente mit 67“ ist auch so ein Fall, der im Moment in Frankreich den Staatschef gewaltig unter Druck setzt.

Nun will ich nicht verhehlen, dass auch der Autor dieses Kommentars die „Rente mit 67“ für richtig hält (er hat in der Rürup-Kommission auch dafür gestimmt) und langfristig der Stuttgarter Sackbahnhof nicht sinnvoll sein kann. Aber: Kurzfristig profitiert nicht jeder von „Stuttgart 21“ und der „Rente mit 67“. Das sollte man zugeben, wenn man solche Vorhaben in einer Demokratie durchsetzen will. Und der Ton macht die Musik. Wenn man sich hinstellt und behauptet, dass es

zu einer politischen Entscheidung keine vernünftige Alternative gibt, dann ist dies meistens falsch. Und das wissen die Menschen.

Dass das Rentenzugangsalter angesichts der längeren Lebensdauer steigen muss, und zwar nicht nur aus finanziellen Gründen, sondern weil viele der länger lebende Menschen auch länger erwerbstätig sein wollen, kann man aus heutiger Sicht schwer bestreiten. Damit ist aber nicht automatisch gesagt, wie man die Anhebung des tatsächlichen Rentenzugangsalters bewerkstelligt. Man kann es allgemein anheben und lässt zum Beispiel großzügige Ausnahmen für Frühverrentung zu, oder man belässt es bei einem niedrigen Alter und belohnt diejenigen deutlich, die später in Rente gehen. Man kann aber auch schlicht abwarten, ob Arbeitskräfte so knapp werden, dass das Rentenzugangsalter von selbst nach oben geht. Da die Menschen sich auf das Abwarten nicht richtig einstellen können, ist das wohl die am wenigsten vernünftige Lösung. Aber man kann durch noch so viele Bastas nicht bestreiten, dass Abwarten eine – wenn wahrscheinlich auch schlechte – Alternative ist. Entsprechende Ehrlichkeit würde die Menschen wahrscheinlich besser überzeugen als die Strategie des Mit-dem-Kopf-durch-die-Wand-gehen. Für Stuttgart bedeutet Abwarten keine Lösung mehr. Aber ökonomischer und betriebswirtschaftlicher Sachverstand allein reichen gewiss nicht aus, um eine Lösung zu finden.

* Prof. Dr. Gert G. Wagner ist Leiter der Längsschnittstudie Sozio-oekonomisches Panel am DIW Berlin und Vorsitzender des Rats für Sozial- und Wirtschaftsdaten (RatSWD).

Impressum

DIW Berlin
Mohrenstraße 58
10117 Berlin
Tel. +49-30-897 89-0
Fax +49-30-897 89-200

Herausgeber

Prof. Dr. Klaus F. Zimmermann
(Präsident)
Prof. Dr. Alexander Kritikos
(Vizepräsident)
Prof. Dr. Tilman Brück
Prof. Dr. Christian Dreger
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Prof. Dr. Viktor Steiner
Prof. Dr. Gert G. Wagner

Chefredaktion

Dr. Kurt Geppert
Carel Mohn

Redaktion

Tobias Hanraths
PD Dr. Elke Holst
Susanne Marcus
Manfred Schmidt

Lektorat

Nataliya Barasinska

Pressestelle

Renate Bogdanovic
Tel. +49 – 30 – 89789–249
presse@diw.de

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice
Postfach 7477649
Offenburg
leserservice@diw.de
Tel. 01 805–19 88 88, 14 Cent/min.
Reklamationen können nur innerhalb
von vier Wochen nach Erscheinen des
Wochenberichts angenommen werden;
danach wird der Heftpreis berechnet.

Bezugspreis

Jahrgang Euro 180,–
Einzelheft Euro 7,–
(jeweils inkl. Mehrwertsteuer
und Versandkosten)
Abbestellungen von Abonnements
spätestens 6 Wochen vor Jahresende
ISSN 0012-1304
Bestellung unter leserservice@diw.de

Satz

eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung –
auch auszugsweise – nur mit
Quellenangabe und unter Zusendung
eines Belegexemplars an die Stabs-
abteilung Kommunikation des DIW
Berlin (Kundenservice@diw.de)
zulässig.

Gedruckt auf
100 Prozent Recyclingpapier.